

**DIESE NATO
HAT AUSGEDIENT
DAS BÜNDNIS
MUSS EUROPÄISCHER
WERDEN**

EIN STANDPUNKT VON

THEO SOMMER

Standpunkte: unbequeme Einsichten, provokante Ansichten, weit-sichtige Vorschläge. Die sich in der Essayreihe »Standpunkte« zu Wort melden, wollen die Debatte über grundsätzliche und aktuelle Fragen der Politik vertiefen und in die Breite tragen. Die Klarheit der Argumentation lädt den Leser ein, die eigene Meinung zu schärfen – und sie ebenso energisch zu vertreten.

**Diese NATO
hat ausgedient
Das Bündnis
muss europäischer
werden**

EIN STANDPUNKT VON THEO SOMMER

Roger de Weck

Kurze Ewigkeiten

Es gibt keine ewigen Bündnisse. Wer jedoch einen Bund eingeht (und sei es den der Ehe), treibt sich selbst, dem Partner und Dritten die Vorstellung vom Ende aus. Manch »ewiges Bündnis« des Mittelalters allerdings pflegte man zu brechen, noch bevor der Siegellack trocknete. Und was beschwor die sowjetische Hymne? »Ein ewiges Bündnis aus Volksrepubliken / In Freiheit aus unserm Großrussland erstund. / Lang lebe, getragen vom Willen der Völker, / Der einige, starke, sowjetische Bund!« Die Ewigkeit währte von 1922 bis 1991.

Das ist das Problem der NATO. Das westliche Bündnis hatte den einen Gegner und hat ihn nicht mehr. Es sollte nach dem Willen seiner Gründer »Bollwerk« sein, aber was bleibt einzudämmen? Ohnehin ist der Westen nicht länger die einstige Wertegemeinschaft. Das transatlantische Bündnis verabschiedete 2010 ein Strategisches Konzept »ohne Fokus«, wie Theo Sommer bedauert: »Wortreichtum, Wiederholbarkeit und Wolkigkeit müssen einen eklatanten Mangel an Einigkeit und Konkretion verdecken.«

Das schreibt einer, der weiß, wie »die kleinkarierten Sitzungen in Brüssel ablaufen, in denen Unterabteilungen stundenlang über die Formulierung eines Absatzes ringen«. Bei allem Frust überwiegt die unverdrossene Lust an der Sicherheitspolitik – wenige überblicken die Materie wie »Ted« Sommer, der in den 60er Jahren des vergangenen Jahrhunderts bei Henry Kissinger studierte, in den 70er Jahren Helmut Schmidts Planungsstab im Verteidigungsministerium leitete. Noch 2001 verfasste Sommer einen Bericht über den Umgang der Bundeswehr mit Gefahrstoffen, vor allem der im Kosovo eingesetzten Uran-Munition. Immer wieder

besuchte er auch später im Kosovo wie in Afghanistan deutsche und NATO-Truppen, bei einer nächtlichen Schießerei unweit Kundus im Gefechtsstand sitzend.

Seit gut fünf Jahrzehnten Theoretiker und Praktiker der Sicherheitspolitik, Beobachter und Akteur, Kenner aus nächster Nähe und aus jener Distanz, die dem Urteil zugute kommt: In diesem Buch zieht Sommer Bilanz und eröffnet Perspektiven. Wie Helmut Schmidt sieht er die NATO als »Riesenkrake von Bürokratie«, anders als der Altbundeskanzler hält er sie (noch?) nicht für überflüssig, da »man seine Feuerversicherung nicht aufgibt, bloß weil einem die Feuerwehr missfällt«.

Laut Sommer muss das Nachdenken über das Bündnis dem Brüsseler Apparat entrissen und zurück auf die politische Ebene gebracht werden. NATO-Reformer sollten die Übermacht des rein militärischen Denkens à la Pentagon eindämmen; die Grenzen des NATO-Aktionsraums realistisch abstecken; vom lähmenden Konsensprinzip abrücken, hin zu einer »Koalition der Willigen«. Vor allem plädiert der Autor für den europäischen Pfeiler neben dem amerikanischen. »Auf jeden Fall sollten die Europäer der – vor allem in Amerika zu beobachtenden – Tendenz entgegenwirken, in den Feinden der Vergangenheit auch die Feinde der Zukunft zu sehen.« Sonst wird die NATO als ewiggestriges Bündnis »verdämmern und verbleichen«.

Berlin, April 2012

Vorwort

Als »weißer Jahrgang« – vor dem Zweiten Weltkrieg zu jung für die Wehrmacht, nach dem Krieg zu alt für die Bundeswehr – habe ich nie Uniform getragen. Aber den Fragen der Verteidigung und Vergeltung, den Spitzfindigkeiten der nuklearen Strategie und den endlos wiederkehrenden Auseinandersetzungen innerhalb der Atlantischen Allianz habe ich in dem halben Jahrhundert meines Journalistenlebens ein Gutteil meines professionellen Interesses gewidmet. Anfang der 1960er Jahre studierte ich an der Harvard-Universität bei einem jungen Assistenzprofessor namens Henry Kissinger Internationale Beziehungen im Kernwaffenzeitalter; zu Beginn der 1970er Jahre war ich unter dem Bundesverteidigungsminister Helmut Schmidt Leiter des Planungsstabes auf der Hardthöhe; danach gehörte ich zwei Wehrstrukturkommissionen an, 1970–72 in Bonn und ein weiteres Mal, als Vizevorsitzender der Weizsäcker-Kommission, 1999–2000 in Berlin. Gut zwanzig Jahre war ich Council-Mitglied des Londoner International Institute of Strategic Studies; und als *ZEIT*-Redakteur habe ich mehr Leitartikel über den Ost-West-Konflikt und das Gleichgewicht des Schreckens, über Rüstung und Abrüstung und die NATO geschrieben, als in zwei dicke Litz-Ordner passen. Und das Thema hat mich auch seitdem nicht losgelassen.

Für meine Generation war die NATO von zentraler Bedeutung; sie war die Lebensversicherung der Westdeutschen. Auch in der Rückschau leidet es keinen Zweifel: Ohne das westliche Bündnis flatterte heute die rote Fahne mit Hammer und Sichel über uns allen. Die NATO war das mächtigste, verlässlichste und erfolgreichste Verteidigungsbündnis der Weltgeschichte. In den Jahren 1949–1989 wehrte sie vielerlei sowjetische Anschläge auf den Nachkriegs-Status-quo

ab – so während der Berlin-Blockade 1948/49, erneut in der Berlin-Krise 1959/1962, schließlich in dem Raketenkonflikt der Jahre 1977–1987, der als innen- und außenpolitischer Streit um die »Nachrüstung« in die Geschichtsbücher eingegangen ist. Am Ende triumphierte die Atlantische Allianz: Sie siegte in dem säkularen Ringen zwischen Ost und West, ohne einen einzigen Schuss abgegeben zu haben. Am 9. November 1989 fiel die Berliner Mauer, Ruck um Ruck wurde danach der Eisernen Vorhang hochgezogen, das kommunistische System brach im ganzen Ostblock zusammen, der Warschauer Pakt löste sich Mitte 1991 auf, und Ende jenes Jahres zerfiel die Sowjetunion in 17 Staaten. Drei Jahre später zog die Rote Armee aus Ostdeutschland ab.

Freilich, mit dem Gegner im Osten verlor das Bündnis auf einen Schlag wo nicht seine Daseinsberechtigung, so doch den Kern seines Daseinszweckes. Seitdem sind der Auftrag, die Bestimmung, ja: der Sinn der NATO umstritten. Auf eine Reihe schwerwiegender Fragen gibt es zwei Jahrzehnte nach dem Ende des Kalten Krieges noch immer keine Antwort. Wird das Bündnis überhaupt noch gebraucht? Wenn ja, in welcher Form, Stärke und Organisationsdichte? Was soll sein Auftrag sein: Territorialverteidigung, globales Ausgreifen und Eingreifen als Weltgendarm am amerikanischen Leitseil oder Reserve für friedenserhaltende und friedensschaffende Missionen der Vereinten Nationen? Und welcher Preiszettel ist unseren Völkern für Verteidigungsausgaben in einer Zeit zuzumuten, in der die Bewahrung der wirtschaftlichen und sozialen Stabilität einleuchtenderweise den Vorrang gewinnt vor militärischen Verwicklungen in fernen Weltgegenden, seien sie geostrategisch und geopolitisch motiviert oder aus humanitären Erwägungen gespeist?

Es ist an der Zeit, eine Antwort auf diese essentiellen Fragen zu formulieren.

I. Die Anfänge

Warum hat diese NATO ausgedient – die NATO, wie wir sie heute kennen? Ein Blick auf ihre Entstehungsgeschichte liefert die unwiderlegbare Antwort: weil die Welt sich verändert hat. So total, dass sich aus den historischen Wurzeln der Atlantischen Allianz keine Rechtfertigung mehr für ein gebetsmühlenhaftes »Weiter so« ableiten lässt.

Erinnern wir uns der Lage vier Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Die Furcht vor einem Wiederaufstehen des deutschen Militarismus hatte sich mittlerweile gelegt, auf jeden Fall wurde sie zusehends überlagert von einem neuen Alb: der sowjetischen Bedrohung. Um ihr zu begegnen, wurde damals das Bündnis gegründet. Am 4. April 1949 trafen sich im Auditorium des State Department in Washington die Außenminister von zwölf westlichen Ländern und setzten ihre Unterschrift unter den Nordatlantikpakt, die Geburtsurkunde der NATO.

In seinem Memoiren *Present at the Creation* schildert der damalige US-Außenminister Dean Acheson die Szene. Während die versammelten Würdenträger auf die Eröffnung der Unterzeichnungszeremonie warteten, so berichtet er, gab die Marinekapelle dem Vorgang einen unerwarteten Schuss Realismus. Sie spielte nämlich zwei Lieder aus George Gershwins damals populärem Musical *Porgy and Bess* auf – *I got plenty of nothing* und *It ain't necessarily so*.

Die beiden Schlager beschrieben den anfänglichen Zustand des Atlantischen Bündnisses mit unbeabsichtigter Direktheit. Nach 1945 hatten die Mitgliedstaaten rasch abgerüstet. Die Vereinigten Staaten zogen das Gros ihrer Truppen vom europäischen Kontinent ab. Auch die Westeuropäer demobilisierten, strichen die Friedensdividende

ein und begaben sich mit voller Kraft an den Wiederaufbau ihrer zerstörten Länder.

Doch dann machten sie alle unversehens die Erfahrung, die dem alten Sprichwort zugrunde liegt: »Es kann der Frömmste nicht in Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbarn nicht gefällt.« Von Jahr zu Jahr wurde klarer, dass Stalins Sowjetunion darauf aus war, nicht nur ihre Einflusszone, sondern ihren Herrschaftsbereich weit über ihre Grenzen hinaus auszudehnen. Im Februar 1946 schon beklagte Winston Churchill in Fulton / Missouri die Einsetzung totalitärer Regime in ganz Osteuropa: »Ein Eiserner Vorhang hat sich quer über den Kontinent gesenkt.« Nacheinander übernahmen die Kommunisten in Bulgarien, Rumänien, Polen und zuletzt, im Februar 1948, in der Tschechoslowakei die Macht. Die demokratischen Parteien wurden unterdrückt, ihre Anführer verfolgt; Schauprozesse, rabiate Säuberungen und brutaler Terror machten aus den eben von Hitlers Joch befreiten Ländern sowjetische Satelliten. Ostdeutschland – die nachmalige DDR – war von Anfang an gleichgeschaltet worden. In Griechenland zettelten die kommunistischen Guerillaverbände des Generals Markos einen blutigen Bürgerkrieg an; Moskau bedrängte die Türkei, eine sowjetische Militärpräsenz am Bosphorus und an den Dardanellen hinzunehmen; der Kreml setzte Titos Jugoslawien unter Druck, sich Stalins Diktat zu unterwerfen. Im September 1947 wurde die Kominform gegründet, die in Westeuropa das Vorgehen der kommunistischen Parteien koordinieren sollte – Streiks und Propaganda-Kampagnen etwa, die im Winter 1947/48 sowohl in Frankreich als auch in Italien eine kommunistische Machtübernahme nicht gänzlich ausgeschlossen erscheinen ließen.

Die aggressiven Bestrebungen Moskaus lösten im Westen große Besorgnis aus. Die Reaktion ließ nicht lange auf sich

warten. Zunächst einmal sollten der Marshallplan, verkündet im Juni 1947, und das daraus erwachsende Europäische Wiederaufbauprogramm die Europäer gegen die kommunistische Versuchung immunisieren. Doch immer mehr schob sich die Notwendigkeit in den Vordergrund, dem Expansionsstreben der Sowjets, die ihre Armeen nach Kriegsende nicht nach Hause schickten, sondern aufrüsteten und modernisierten, auch militärische Schranken zu setzen. Im Brüsseler Vertrag vom 17. März 1948 über eine *Western European Union* (WEU) fand dieses Bedürfnis zum ersten Mal Ausdruck. Wohl gelobten England, Frankreich und die drei Beneluxstaaten in diesem Dokument nochmals, gemeinsam alle Schritte zu ergreifen, die »im Falle einer erneuten deutschen Aggressionspolitik« notwendig würden. Doch war dies das letzte Mal. Und in der Präambel zeichnete sich bereits unübersehbar ein neuer Bündniszweck ab: nämlich »jeglicher Aggressionspolitik« gemeinsam entgegenzutreten. Diese Formulierung zielte eindeutig schon auf die Sowjetunion.

Es war dann die immer aggressivere Deutschland- und Berlin-Politik Stalins, die den Westen zum Handeln drängte. Drei Tage nach der westdeutschen Währungsreform vom 20. Juni 1948 begannen die Russen, den Güter- und Personenverkehr nach Westberlin zu blockieren. Sie argumentierten, Westberlin sei ein Teil ihrer Besatzungszone. Die Westalliierten pochten indessen auf ihre Rechte und starteten am 26. Juni die Luftbrücke, über die Westberlin bis zum Mai 1949 mit dem Notwendigsten versorgt wurde.

Die Berlin-Blockade gab dem Westen den letzten Anstoß, der Schaffung einer Verteidigungsorganisation Dringlichkeit einzuräumen. Dies hieß in erster Linie, die Vereinigten Staaten in den Brüsseler Vertrag einzubinden und den Versuch zu unternehmen, eine multinationale Streitmacht

aufzubauen, um den Sowjets Paroli zu bieten. Die Vandenberg-Resolution vom 11. Juni 1948, von Demokraten wie von Republikanern im US-Senat überparteilich gebilligt, machte dazu den Weg frei. Noch im Juli wurden in Washington auf Botschafterebene Verhandlungen zwischen den USA, Kanada, Großbritannien, Frankreich, Belgien, den Niederlanden und Luxemburg aufgenommen. Im Februar 1949 stieß Norwegen dazu, im März wurden Italien, Dänemark, Island und Portugal – faschistisch zwar, doch Herr über die strategisch wichtigen Azoren – hinzugeladen. Am 4. April wurde der Vertrag von den Außenministern und Botschaftern der zwölf Mitgliedstaaten unterzeichnet. Präsident Truman gab in einer kurzen Rede der Hoffnung Ausdruck, dass der Nordatlantikpakt »einen Schild gegen Aggression und die Furcht vor Aggression schaffen werde – ein Bollwerk, das uns erlaubt, mit der eigentlichen Aufgabe von Regierung und Gesellschaft voranzukommen, der Aufgabe, all unseren Bürgern ein erfüllteres und glücklicheres Leben zu bescheren«.

Die wesentlichen Bestimmungen des Washingtoner Vertrages, der bis heute unverändert fortgilt, finden sich im Artikel 3, wonach die Mitgliedstaaten »die eigene und die gemeinsame Widerstandskraft gegen bewaffnete Angriffe erhalten und fortentwickeln« sollten; im Artikel 4, der Konsultationen vorsah, wenn eine der Parteien ihre politische Unabhängigkeit oder ihre Sicherheit bedroht sah; und vor allem im Artikel 5, der das eigentliche Beistandsversprechen enthielt. Die zwölf vereinbarten darin, dass »ein bewaffneter Angriff gegen einen oder mehrere von ihnen in Europa oder Nordamerika als ein Angriff gegen sie alle angesehen werden wird«. Im Falle eines solchen bewaffneten Angriffs sollten alle anderen Vertragspartner dem Angegriffenen Beistand leisten. Diese Beistandsverpflichtung war freilich ungleich weicher formuliert als im Brüsseler WEU-Vertrag: Es blieb

den einzelnen Paktmitgliedern überlassen, welche »Maßnahmen, einschließlich der Anwendung von Waffengewalt«, sie für erforderlich erachteten, um die Sicherheit des nordatlantischen Gebiets wiederherzustellen und zu erhalten. Die Reaktion auf den Angriff hätte vom Beileidsbrief bis zum Abwurf von Atombomben auf Moskau reichen können. Gleichwohl verstand Stalin die Botschaft: Vier Wochen nach der Gründung der NATO hob er die Blockade Berlins auf.

Doch das Bollwerk, von dem Truman gesprochen hatte, war noch nicht sehr eindrucksvoll. In Westdeutschland und Berlin standen ganze zwei US-Divisionen, zwei der englischen Rheinarmee und einige kleinere Verbände der französischen Armee. Es waren dies Besatzungsarmeen, zum größten Teil mit Verwaltungsaufgaben betraut, Territorialverteidigung war nicht ihr Auftrag. Ende 1949 jedoch beschlossen die zwölf, die im Washingtoner Vertrag vorgesehene gemeinsame Verteidigungsorganisation aufzubauen. Aus dem *North Atlantic Treaty* wurde die *North Atlantic Treaty Organization*, aus NAT die NATO. In rascher Folge entstanden ein gemeinsames Hauptquartier, gemeinsame Planungs- und Einsatzführungsstäbe und mehrere Regionalkommandos. Ende 1950 wurde der amerikanische General Dwight D. Eisenhower, der spätere Präsident, zum ersten *Supreme Allied Commander Europe* (SACEUR) ernannt, Mitte 1951 hielt er Einzug im *Supreme Headquarters Allied Powers Europe* (SHAPE). Seinem Oberbefehl wurden in den nächsten Jahren Zug um Zug mehr Truppen unterstellt.

Als die Nordkoreaner im Juni 1950 mit Stalins Segen über die südliche Hälfte der Halbinsel herfielen, ging in Europa wie in Nordamerika die Furcht um, dass dies nur das Vorspiel zu einem Angriff auf Westeuropa sein könnte. Die militärische Schwäche des Westens wurde allen schmerzlich bewusst. Amerikaner, Briten und Franzosen hatten, radikal